



# Schweizer Erweiterungsbeitrag Jahresbericht 2013



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung  
und Zusammenarbeit DEZA

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Liebe Leserinnen und Leser

«Es ist relativ leicht, aus einem Aquarium eine Bouillabaisse zu machen. Aber aus einer Bouillabaisse wieder ein Aquarium zu machen, das ist eine wesentlich schwierigere Aufgabe.» So äusserte sich der damalige Aussenminister der Tschechischen Republik, Karel Schwarzenberg, an der letzten Jahreskonferenz der Schweizer Ostzusammenarbeit. Er benutzte diesen Vergleich, um die Schwierigkeiten seines Landes zu illustrieren, nach 50 Jahren unter totalitärer Herrschaft einen Rechtsstaat aufzubauen.

Die Schweiz hat die Staaten des ehemaligen Ostblocks seit den frühen 1990er-Jahren auf ihrem Weg zu demokratischen und marktwirtschaftlich orientierten Handelspartnern unterstützt. Nach dem EU-Beitritt ehemaliger Ostblock-Staaten sowie von Malta und Zypern hat die Schweiz einen Erweiterungsbeitrag von 1,257 Milliarden Franken zum Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU gesprochen. Inzwischen sind vielversprechende Resultate dieses Beitrags sichtbar, wie sich dem vorliegenden Bericht entnehmen lässt.

Das Zusammenwachsen des europäischen Kontinents war und ist eine grosse Herausforderung. Gleichzeitig bietet sich dadurch aber auch eine Chance für die Schweiz, einen Beitrag an die Zukunft Europas zu leisten, nachhaltige Partnerschaften zu pflegen und für uns wichtige Werte auf der gesamteuropäischen Ebene zu stärken. Wir haben ein grosses Interesse daran, die Lebensbedingungen in Europa zu verbessern und damit soziale Spannungen zu mindern. Dazu leistet die Zusammenarbeit der Schweiz mit den neuen EU-Mitgliedstaaten einen wichtigen Beitrag.

Wir wünschen viel Vergnügen bei der Lektüre des Jahresberichts.

Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch



Staatssekretärin  
Direktorin des SECO

Martin Dahinden



Botschafter  
Direktor der DEZA



# Überblick

Die Schweiz unterstützt die EU-10 mit einem Erweiterungsbeitrag. EU-10 bezeichnet jene Länder, welche 2004 der EU beigetreten sind: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. Der Erweiterungsbeitrag basiert auf dem Volksentscheid von 2006, bei dem die Schweizer Stimmberechtigten das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas genehmigt haben. Das Volk hat damit die Absicht geäußert, sich mit einer Milliarde Franken am Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU zu beteiligen. Der Beitrag von zusätzlichen 257 Millionen Franken an Bulgarien und Rumänien, die seit 2007 der EU angehören, basiert auf derselben gesetzlichen Grundlage.

Trotz hohen Wachstumsraten in den Jahren unmittelbar nach dem EU-Beitritt ist der Wohlstand in den neuen EU-Mitgliedstaaten relativ niedrig. Die Folgen der staatlichen Verschuldungskrise haben einige Partnerstaaten schwer getroffen. Dadurch gewinnt der Schweizer Beitrag zusätzlich an Bedeutung. Sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer Hinsicht ist das Gefälle zum gesamteuropäischen Durch-

schnitt weiterhin erheblich. So betrug beispielsweise die durchschnittliche Kaufkraft der zwölf neuen EU-Mitgliedstaaten 2012 rund die Hälfte der Schweizer Kaufkraft und lag noch immer rund 25 Prozentpunkte unter dem EU-Durchschnitt.

Das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO und die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA betreuen gemeinsam den Erweiterungsbeitrag. Ihre Büros in Warschau, Riga, Budapest, Prag, Bratislava, Bukarest und Sofia unterstützen sie dabei. Die Mitarbeitenden der Büros kennen die lokalen Verhältnisse und verfügen über direkte Kontakte. So vermindert sich das Risiko von Fehlinvestitionen.

Der Erweiterungsbeitrag ist ein Zeichen der Solidarität und der Verantwortung. Damit festigt die Schweiz auch ihre Beziehungen zur EU – ihrer wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Partnerin. Die Schweiz entscheidet über die Umsetzung des Erweiterungsbeitrags aber autonom und entscheidet aufgrund der Bedürfnisse der Partnerstaaten, welche Projekte sie unterstützt. Die Projektpartner tragen in der Regel mindestens 15% der Projektkosten selber.

## Der Erweiterungsbeitrag in Zahlen:

**286** Projekte und Projektideen in den EU-12 genehmigt

**12** Partnerstaaten: Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern

**100%** des Projektbudgets in den EU-10 verpflichtet

**456** Stipendien für einen befristeten Forschungsaufenthalt in der Schweiz gesprochen

**1,257 Milliarden** Franken zur Verringerung wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheiten in Europa

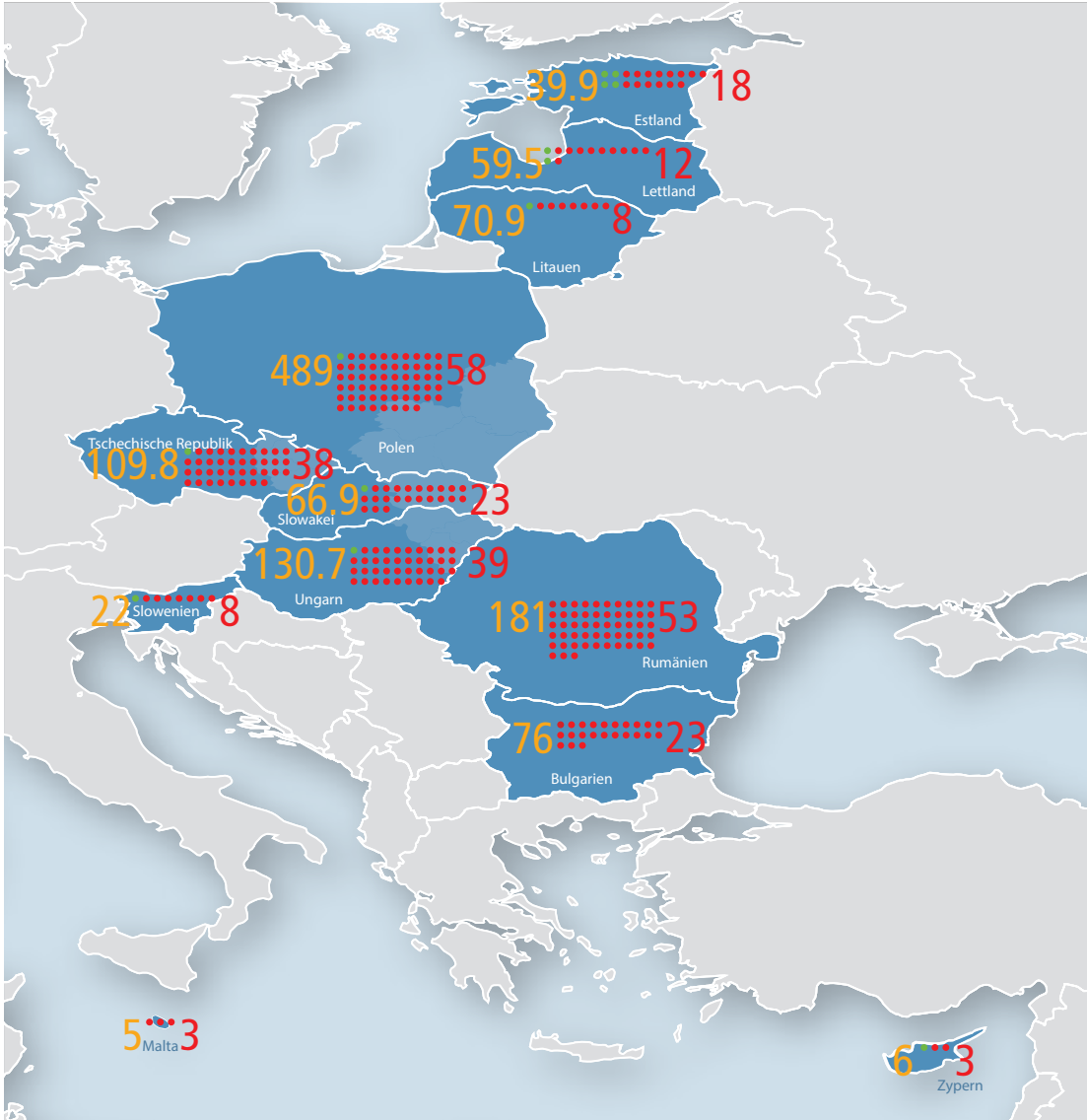
**13** Projekte bis Ende 2013 abgeschlossen

**5** Projektziele: Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern; soziale Sicherheit erhöhen; Umwelt schützen; öffentliche Sicherheit erhöhen; Zivilgesellschaft stärken

**93%** des Projektbudgets für Bulgarien und Rumänien provisorisch oder definitiv verpflichtet

**90 Mio** Franken Auftragsvolumen an Schweizer Unternehmen und Organisationen aus dem Erweiterungsbeitrag

**400** Partnerschaften zwischen der Schweiz und den Partnerstaaten etabliert



- Betrag in Mio. CHF
- Anzahl der Projekte und Projektideen, die bis Ende 2013 genehmigt wurden
- Abgeschlossen

# Aktivitäten und Ergebnisse im Jahr 2013

## Jahreskonferenz zu den Chancen des Schweizer Erweiterungsbeitrags

Rund 750 Personen besuchten am 31. Mai 2013 die Jahreskonferenz im Hotel National in Bern, um über die Bedeutung, die Wirkung und die Chancen des Schweizer Erweiterungsbeitrags zu diskutieren.

### Sichtbare Resultate und Wirkungen

DEZA und SECO präsentierten in Form von Filmbeiträgen sechs Projektbeispiele (Bild 1). Projektmitarbeiterinnen und Projektmitarbeiter aus den jeweiligen Ländern beantworteten Fragen aus dem Publikum und nahmen an einer Podiumsdiskussion teil. So erzählte beispielsweise eine Mitarbeiterin vom bulgarischen Roten Kreuz, wie sie mit der Unterstützung der Schweiz ältere Menschen mit chronischen Krankheiten und Behinderungen zu Hause pflegt. Ein Film aus Polen illustrierte die Verbesserung der Grenzkontrollen an der Schengener Ostgrenze. Und ein Film aus der Tschechischen Republik veranschaulichte, wie der Erweiterungsbeitrag Partnerschaften mit Schweizer Organisationen fördert.

### Partnerschaften und dauerhafte Verbindungen

Der Aussenminister der Tschechischen Republik, Karel Schwarzenberg, bestätigte, dass die im Film gezeigten Partnerschaften Bestand haben. Er erwähnte die mehrjährige Zusammenarbeit zwischen Schweizer und tschechischen Städten, Dörfern und Institutionen. Die Schweiz unterstütze sein Land nicht nur in materieller, sondern auch in ideeller Hinsicht.

DEZA-Direktor Martin Dahinden pflichtete bei, dass viele Projekte und Vorhaben einen fachlichen Austausch erlauben und Partnerschaften zwischen der Schweiz und dem Partnerland ermöglichen. Neben verschiedenen Organisationen seien Fachämter und Gemeinden aus allen Landesteilen der Schweiz in die Projektumsetzung involviert.

### Mehr Jobs, Werte und Zukunftsperspektiven für die Jugend

Bundesrat Didier Burkhalter sprach in seiner Rede die staatliche Verschuldungskrise in Europa an. Besorgniserregend sei insbesondere der Mangel an Perspektiven für die Jugendlichen. Die Statistiken über die Jugendarbeitslosigkeit seien beunruhigend. Deshalb sei es besonders wichtig, dass der Erweiterungsbeitrag die Lebensbedingungen der betroffenen Menschen verbessere und neue Zukunftsperspektiven vor Ort schaffe.

Der Finanzminister Lettlands, Andris Vilks, legte in seiner Rede eindrücklich dar, wie Lettland die Finanzkrise in den letzten Jahren bewältigt hat. Mit den Worten „Danke Schwiiz“ beendete er seine Rede auf Schweizerdeutsch.





## Zitate

«Wir können heute festhalten, dass der Erweiterungsbeitrag richtig und wichtig ist. Und er ist wirksam. Er funktioniert direkt, autonom und fördert konkrete Projekte im Dienste der Menschen.»

Bundesrat Didier Burkhalter, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten



«Spuren der Schweizer Hilfeleistungen begegne ich ständig in meinem Land. Sie sind wichtiger, als sich die Schweiz vielleicht vergegenwärtigt.»

Karel Schwarzenberg, Aussenminister der Tschechischen Republik



«Zur Zeit verfolgt Europa das gemeinsame Ziel, die Krise zu überwinden und gemeinsame Lösungen zu finden. Die Krise hat gezeigt, wie eng die europäischen Länder verflochten sind. Auch wenn die Schulden und Defizite Europa grosse Schwierigkeiten bereitet haben: Lettland hat gezeigt, dass jede Krise auch immer eine Chance ist.»

Andris Vilks, Finanzminister Lettlands



«Der Erweiterungsbeitrag hat auch einen europapolitischen Hintergrund. Es ist uns nicht gleichgültig, in welchen Lebensverhältnissen unsere Nachbarn leben und welche wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven sie haben. Ihre Zukunft ist auch die unsere.»

Martin Dahinden, Direktor der DEZA

## Der Erweiterungsbeitrag zugunsten der EU-10

Während der ersten fünf Jahre seit der Genehmigung des Rahmenkredits für die EU-10 durch das Parlament konnte die Schweiz den gesamten Erweiterungsbeitrag von einer Milliarde Franken für insgesamt 210 Projekte verpflichten. Die Verpflichtungsperiode ging am 14. Juni 2012 zu Ende. Alle vereinbarten Projekte müssen bis im Juni 2017 abgeschlossen sein.

Die Umsetzung der Projekte hat gezeigt, dass besonders die Ausarbeitung von Projektvorschlägen sowie die Durchführung öffentlicher Ausschreibungen zur Vergabe von Aufträgen aufgrund von Fristverlängerungen und Einsprachen wesentlich mehr Zeit beanspruchen als ursprünglich angenommen. Zudem verzögert sich die Realisierung der Projekte aufgrund von Regierungswechseln und der staatlichen Verschuldungskrise in Europa. Da die Schweiz lediglich auf Antrag hin bereits angefallene Kosten zurückerstattet, sind deshalb auch die Auszahlungen kleiner als prognostiziert. Bis Ende 2013 wurden gesamthaft rund 275,9 Millionen Franken ausbezahlt.

Insgesamt sind 13 Projekte im Gesamtwert von 17,6 Millionen Franken abgeschlossen. So hat zum Beispiel Estland an den Seehäfen Kontrollpunkte zur automatischen Nummernschilderkennung aufgebaut. Damit können Steuerbetrug und Schmuggel leichter bekämpft werden (Bild 2). Eine Schweizer Firma konnte ausserdem an eine estnische Kinderklinik einen Bewegungsapparat liefern, der Kinder, welche aufgrund neurologischer Krankheiten oder als Folge eines Unfalls an starker Gehbehinderung leiden, bei der Rehabilitation unterstützt. (Bild 3)

## Der Erweiterungsbeitrag zugunsten von Bulgarien und Rumänien

Bulgarien und Rumänien sind am 1. Januar 2007, rund zweieinhalb Jahre später als die EU-10, der EU beigetreten. Die Verpflichtungsperiode läuft noch bis Dezember 2014. Die Projekte, die in dieser Zeitperiode bewilligt werden, müssen bis spätestens Ende 2019 abgeschlossen und vollständig umgesetzt sein.

Bis Ende 2013 hat die Schweiz in Bulgarien und Rumänien alle dreizehn thematischen Fonds sowie zwölf separate Projekte definitiv genehmigt. Damit betragen die Verpflichtungen bis 31. Dezember 2013 154,2 Millionen Franken, was rund 63% des Gesamtprogramms entspricht. Des Weiteren hat die Schweiz 18 Projektideen für gesamthaft 73 Millionen Franken gutgeheissen. Bei diesen Projektideen beginnt nun die Ausarbeitung eines endgültigen, detaillierten Projektvorschlags. Somit sind 93% des Erweiterungsbeitrags an Rumänien und Bulgarien vorläufig oder definitiv verpflichtet.

Im Rahmen der Projektumsetzung sind per Ende 2013 46,6 Millionen Franken – rund 19% des Gesamtprogrammbeitrags – ausbezahlt. Die Auszahlungen setzen damit früher ein, als dies bei den EU-10 der Fall war.



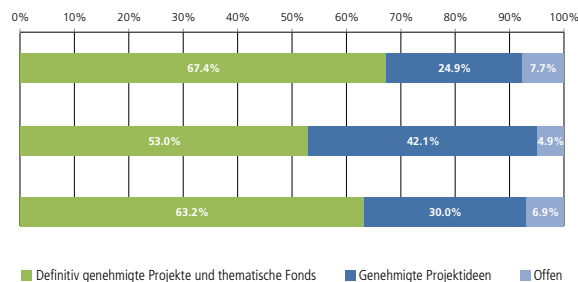
### Bulgarien und Rumänien – Mittelverteilung und Stand des zweistufigen Projektgenehmigungsprozesses (Stand 31.12.2013)

Der Erweiterungsbeitrag für Rumänien und Bulgarien beträgt 257 Millionen Franken, wovon 244,2 Millionen Franken in Projekte fliessen. Die übrigen Mittel decken die Umsetzungskosten auf Schweizer Seite.

**Rumänien**  
100% = 172,0 Mio. CHF

**Bulgarien**  
100% = 72,2 Mio. CHF

**Gesamtprogramm**  
100% = 244,2 Mio. CHF





## Rückflüsse des Erweiterungsbeitrags an Schweizer Unternehmen

Die Projektträger in den zwölf Partnerstaaten schreiben Lieferungen, Bau- und Dienstleistungen für Projekte im Rahmen des Erweiterungsbeitrags öffentlich aus. Die Auftragsvergabe orientiert sich am geltenden internationalen Recht über das öffentliche Beschaffungswesen und untersteht der nationalen Gesetzgebung des Partnerstaates. Insbesondere das bilaterale Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen zwischen der Schweiz und der EU sichert Schweizer Unternehmen den gleichberechtigten Zugang zu diesen Ausschreibungen. Die Schweiz publiziert die Ausschreibungen zusätzlich auf [www.simap.ch](http://www.simap.ch), dem Informationssystem über das öffentliche Beschaffungswesen. Die Schweiz und der jeweilige Partnerstaat begleiten die Ausschreibungen eng und prüfen die Evaluationskriterien und die Auftragsvergabe.

Bei solchen Ausschreibungsverfahren kommen immer wieder auch Schweizer Unternehmen zum Zug. Bis Ende 2013 wurden im Rahmen des Erweiterungsbeitrags Mandate für rund 90 Millionen Franken an Schweizer Unternehmen, Konsulenten, Organisationen und Verbände vergeben.

In einer über die Schweizer Botschaften durchgeführten Umfrage zeigte sich weiter, dass Schweizer Unternehmen seit 2010 in den zwölf Partnerländern des Erweiterungsbeitrags rund 450 Aufträge im Umfang von 1,7 Milliarden Franken aus EU-finanzierten Projekten erhalten haben. Da Unternehmen gegenüber dem Bund keine Informationspflicht über erhaltene Aufträge haben, bildet diese Erhebung nur einen Teil der Aufträge ab. Die über die EU-Fonds finanzierten tatsächlichen Aufträge an Schweizer Firmen dürften deshalb weit über dem vorgenannten Betrag liegen.

Ausserdem fördert der Erweiterungsbeitrag auch den Einbezug von Schweizer Partnern. Zur Festigung der Beziehungen auf Projekt- und Gesamtprogrammebene zwischen der Schweiz und den neuen EU-Mitgliedstaaten fand bis 2013 eine Vielzahl von Studienreisen statt. Diese bieten eine nützliche und wichtige Plattform für den Austausch von Wissen und Erfahrung und fördern die nachhaltige Umsetzung der Projekte. Schweizer Programme und Projekte tragen im Ausland zu einer stärkeren Präsenz und zum guten Ruf der Schweiz bei den Regierungsstellen, in Wirtschaftskreisen und in der Bevölkerung bei (Bild 4). Der Schweizer Erweiterungsbeitrag ist daher ein wesentlicher Faktor zur Stärkung der bilateralen Beziehungen auf allen politischen Ebenen der Partnerländer und zur EU (Bild 5). Er festigt den Zugang der Schweiz zum wachsenden EU-Binnenmarkt, wo Schweizer Unternehmen von neuen Geschäftsmöglichkeiten profitieren.





# Projektziele und konkrete Beispiele

Der Erweiterungsbeitrag trägt zum Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten bei. Jedes Projekt verfolgt eines der daraus abgeleiteten fünf Projektziele:

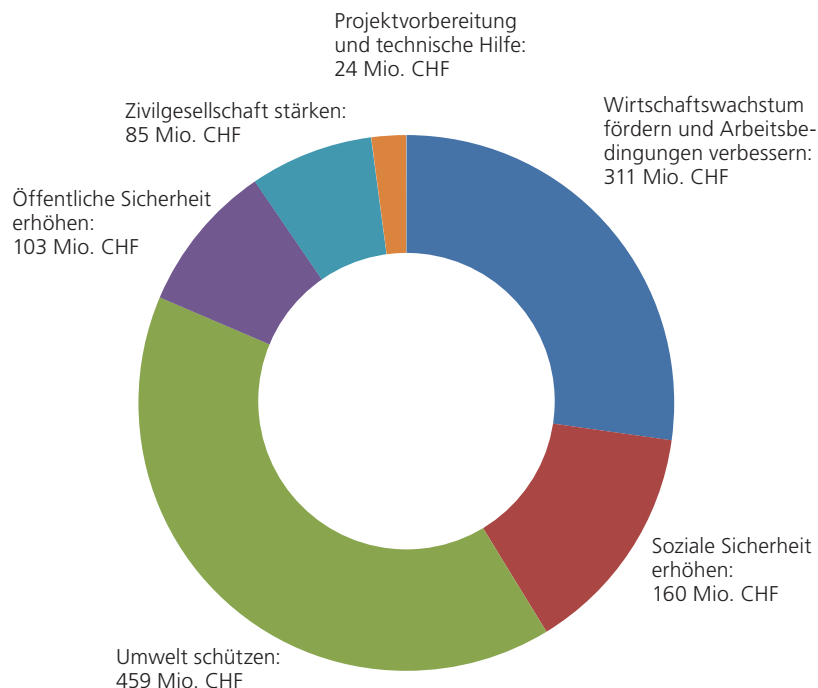
- › Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern
- › Soziale Sicherheit erhöhen
- › Umwelt schützen
- › Öffentliche Sicherheit erhöhen
- › Zivilgesellschaft stärken

Für jedes Projekt sind im jeweiligen Projektabkommen messbare Resultate festgelegt, die es zu erzielen gilt. Die Verantwortung für die Leistungserbringung und die Zielerfüllung übernehmen primär die Partnerstaaten. Sie erstatten der Schweiz regelmässig Bericht über die Projektfortschritte und über die Einhaltung der festgelegten Indikatoren.

---

## Aufteilung des Erweiterungsbeitrags nach Projektzielen

Die Grafik zeigt die Aufteilung des bis Ende 2013 vorläufig genehmigten Projektbudgets der 12 Partnerstaaten nach Projektzielen. Hinzu kommt der Betrag für die Projektvorbereitung und die technische Hilfe. Auf den folgenden Seiten werden die Projektziele näher umschrieben und anhand von Beispielen illustriert.



## Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern

Die Schweiz unterstützt in ihren Partnerländern mit 311 Millionen Franken 64 Projekte, die das Wirtschaftswachstum fördern und die Arbeitsbedingungen verbessern. Dies liegt auch im Interesse der Schweiz, denn die Schweizer Exportindustrie profitiert vom Aufbau der osteuropäischen Wachstumsmärkte und der steigenden Kaufkraft in den Partnerländern. Die Projekte sind sehr vielfältig und reichen von der Förderung strukturschwacher Regionen im Südosten Polens über die Implementierung eines dualen Berufsbildungssystems in der Slowakei bis hin zu Stipendienprogrammen für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den neuen EU-Mitgliedstaaten. Der Erweiterungsbeitrag finanziert ausserdem Kredite für kleinere Unternehmen und trägt damit zur Schaffung und Erhaltung zahlreicher Arbeitsplätze bei. Weiter stärkt er die soziale Verantwortung der Unternehmen sowie den Tourismus in strukturschwachen Regionen und verbessert die Anwendung internationaler Normen in den Bereichen Rechnungslegung und Buchprüfung. Letzteres verbessert das Investitionsklima und hilft, Finanzkrisen vorzubeugen.

## Junge Forschende bringen wertvolles Know-how in die Schweiz

Das Stipendienprogramm „Scientific Exchange Programme between the New Member States and Switzerland“, kurz Sciex-NMS.ch, ermöglicht etwa 460 Doktoranden und Post-Doktoranden aus den neuen EU-Mitgliedstaaten einen befristeten Forschungsaufenthalt in der Schweiz. Das Programm mit einem Gesamtvolumen von 47 Millionen Franken ist offen für Forschende aller neuen Mitgliedstaaten ausser Malta und Zypern. Da die Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten die Programmkoordination wahrnimmt und die Forschenden ihre Stipendien in der Schweiz ausgeben, fliesst annähernd der gesamte Betrag in die Schweiz.

Durch den Aufenthalt in der Schweiz sollen die individuellen Kompetenzen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie der akademische Austausch gefördert und gemeinsam zukunftsweisende Forschungsansätze entwickelt werden. Die Schweiz bringt dabei ihre Stärken im Bildungs- und Forschungsbereich ein und festigt gleichzeitig den Kontakt zu akademischen Netzwerken in den neuen EU-Mitgliedstaaten. Ausserdem profitiert sie vom wertvollen Know-how, das die jungen Forschenden aus ihrem jeweiligen Fachgebiet mitbringen. So brachte beispielsweise eine 31-jährige Post-Doktorandin aus Polen während ihres Forschungsaufenthaltes am Universitätsspital Basel ihre Kenntnisse im Bereich der Alzheimerforschung gewinnbringend in das Forschungsprojekt ein (Bild 6). Auch sie selbst profitierte nach eigenen Angaben enorm von ihrem Aufenthalt in der Schweiz, der ihr erlaubte, ihre wissenschaftlichen Arbeitstechniken weiterzuentwickeln. Besonders schätzte sie die grosszügigen Labors und die ausgezeichneten Arbeitsbedingungen am Universitätsspital Basel.

Die Aufenthaltsdauer der jungen Forschenden ist auf maximal zwei Jahre beschränkt. Das Programm will die Abwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften, den so genannten „Brain-Drain“, auf keinen Fall fördern. Vielmehr sollen die jungen Forschenden das in der Schweiz erworbene Wissen im Partnerstaat anwenden und damit einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung ihres Landes leisten. Das Programm fördert diese Absicht, indem die Projekteingabe gemeinsam durch eine Universität des Partnerlandes und eine wissenschaftliche Institution der Schweiz erfolgen muss. Idealerweise entsteht dadurch eine dauerhafte Partnerschaft zwischen den beiden involvierten Universitäten, die den Wissensaustausch und die Zusammenarbeit in der Forschung institutionalisiert.



## Soziale Sicherheit erhöhen

Die Schweiz finanziert mit rund 160 Millionen Franken eine breite Palette von Massnahmen im Bereich der sozialen Sicherheit in den Partnerländern. Im Zentrum stehen dabei ältere und kranke Menschen sowie die Jugendförderung. Die insgesamt 44 Projekte setzen auf die fünf Schwerpunkte Basis-Gesundheitsdienste, Modernisierung von Spitälern, Prävention, Sozialdienste für bestimmte Zielgruppen sowie verschiedene soziale Dienstleistungen wie die Erleichterung des Zugangs zur Schule in ländlichen Gebieten oder die Verbesserung des medizinischen Notfalldienstes. Dabei bringt die Schweiz ihr Fachwissen mit ein. So wurde beispielsweise in vier bulgarischen Gemeinden ein spitalexterner Pflegeservice eingeführt, der sich am bewährten Schweizer „Spitex“-Modell orientiert.

## Das Kantonsspital Bellinzona bildet medizinisches Fachpersonal in Slowenien und Malta aus

In Slowenien unterstützt die Schweiz ein Projekt zum Aufbau eines neuen Strahlenbehandlungszentrums in der Universitätsklinik in Maribor, einer Stadt mit 800'000 Einwohnerinnen und Einwohnern im Nordosten des Landes. Bisher gab es nur ein einziges Strahlenbehandlungszentrum im Land, nämlich in der Hauptstadt Ljubljana. Wegen der grossen Entfernung liessen sich bisher nur 38% der Krebspatientinnen und Krebspatienten mit Strahlentherapie behandeln. Dieser Wert liegt deutlich unter der internationalen Empfehlung von 50%. Ausserdem belief sich die Wartezeit zwischen Diagnose und Behandlung oftmals auf fünf bis sechs Wochen, obwohl diese offiziell nicht länger als 14 Tage dauern sollte. Ein neues Strahlenbehandlungszentrum in Maribor, dessen Bau bereits abgeschlossen ist, ermöglicht Krebserkrankten aus dem Nordosten Sloweniens einen einfacheren und schnelleren Zugang zur Therapie. Die Schweiz unterstützt mit einem Beitrag von 5,5 Millionen Franken die Anschaffung von zwei Linearbeschleunigern (Bild 7), die in der Strahlenbehandlung von Tumoren zur Anwendung kommen. Der Schweizer Partner des Projekts ist das Onkologische Institut der Italienischen Schweiz (Istituto Oncologico della Svizzera Italiana IOSI) des Kantonsspitals Bellinzona. Dieses bietet Aus- und Weiterbildungen für das medizinische Personal des Spitals an und garantiert somit die korrekte Verwendung der beiden Geräte. Die Partnerschaft zwischen den beiden Spitälern geht jedoch darüber hinaus: Sie haben ein Kooperationsabkommen unterschrieben und werden in Zukunft eng im Bereich der Krebsforschung zusammenarbeiten, was auch dem Schweizer Institut zugute kommt.

Das Onkologische Institut des Kantonsspitals Bellinzona war bereits an der Umsetzung eines ähnlichen Projektes in Malta beteiligt, das die Installation eines modernen PET-Scanners (Bild 8) im wichtigsten öffentlichen Spital „Mater Dei“ mitfinanzierte. Das Schweizer Institut war bei der Auswahl des PET-Scanners beteiligt und hat im September 2012 drei maltesische Radiologen während je einer Woche in dessen Bedienung geschult.



## Umwelt schützen

458 Millionen Franken des Erweiterungsbeitrags kommen rund 80 Projekten zugute, die zum Schutz der Umwelt beitragen. Dazu gehören Projekte, die den öffentlichen Verkehr, die Trinkwasserversorgung, die Abwasserreinigung, energieeffizientes Bauen, die Nutzung erneuerbarer Energien, die Entsorgung von Sonderabfällen, die Umweltüberwachung, den Naturschutz und die Artenvielfalt fördern. Die Schweiz engagiert sich im Umweltbereich auch aus Eigeninteresse, denn die Umweltverschmutzung macht nicht an den Landesgrenzen halt. So tragen viele Projekte zum Klimaschutz bei. Allein mit den Projekten zur Förderung von energieeffizientem Bauen und der Nutzung erneuerbarer Energien in den EU-10 reduziert sich der jährliche CO<sub>2</sub>-Ausstoss um rund 70'000 Tonnen. Um die Nachhaltigkeit zu gewährleisten, organisiert die Schweiz im Rahmen der Projekte Studienreisen, Seminare und Foren, dank denen Wissen ausgetauscht und inskünftig genutzt werden kann. Ein Grossteil der Projekte sind ausserdem Infrastrukturprojekte, welche nicht nur zum Umweltschutz beitragen, sondern auch die Gesundheitsrisiken reduzieren, die Lebensbedingungen verbessern und die wirtschaftliche Entwicklung fördern. Zum Beispiel sind Asbestsanierungen aus gesundheitlicher Sicht wichtig. Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs verbessert die Lebensqualität. Die Nutzung erneuerbarer Energien und energieeffizientes Bauen senken Strom- und Heizkosten. Auf diese Weise schaffen die Umweltprojekte auch neue Zukunftsperspektiven vor Ort.

## Schweizer High-Tech-Geräte zur Überwachung der Umwelt

In Estland finanziert die Schweiz moderne Geräte zur Überwachung der Umwelt und die entsprechende Schulung des Personals. Dadurch erhält Estland flächendeckende und zuverlässige Umweltdaten in den Bereichen Wasser, Luft, radioaktive Strahlung und Naturgefahren. Diese Daten braucht Estland nicht nur, um EU-Richtlinien umzusetzen. Sie ermöglichen es den estnischen Behörden auch, fundierte und wirksame Entscheidungen zum Schutz der Umwelt zu treffen.

Per Ende 2013 sind rund ein Drittel der Geräte installiert. So wurde in einem Flugzeug ein Bildspektrometer eingebaut, der eine regelmässige Überwachung des Zustands grösserer Gewässer ermöglicht (Bild 9). Dank Schulungen und neuen Geräten können die Fachleute des estnischen Umweltforschungszentrums ausserdem die Wasserqualität im Süden Estlands besser überwachen (Bild 10).

2013 zeigte sich, dass Schweizer Fachwissen im Bereich der Umweltüberwachung in den Partnerstaaten gefragt ist. Eine Schweizer Firma hat in diesem Bereich zwei Ausschreibungen gewonnen. So kann sie Geräte im Wert von rund 500'000 Franken nach Estland liefern, mit denen beispielsweise verschmutzte Gebiete oder der Transport gefährlicher Materialien mittels Satelliten geortet werden können. In die Slowakei liefert sie Geräte im Wert von 1,35 Millionen Franken. Die damit erstellten Gelände- und Oberflächenmodelle ermöglichen eine nachhaltige Waldbewirtschaftung und -pflege.



## Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur Reduktion von Treibhausgasemissionen

Als Gastgeberland der 19. UN-Klimakonferenz stand Polen im vergangenen Jahr im Fokus der internationalen Klimadebatte. Die polnische Regierung bekennt sich zum Ziel, den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch bis 2020 auf 15% zu erhöhen. Aufgrund seiner grossen Stein- und Braunkohlevorkommen produziert Polen noch immer rund 90% der Energie aus der Verbrennung von Kohle, was im gesamteuropäischen Vergleich zu überdurchschnittlichen Emissionswerten von CO<sub>2</sub> führt. Neben Industriebetrieben sind besonders Kohleöfen in privaten Haushalten und öffentlichen Gebäuden für die hohen Emissionswerte verantwortlich. Diese sind mitschuldig an den im europäischen Vergleich sehr hohen Feinstaubwerten.

Die Schweiz leistet mit 115 Millionen Franken einen wesentlichen Beitrag an zehn Projekte zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Nutzung erneuerbarer Energien in Polen. Gleichzeitig liefert sie das nötige Fachwissen zur nachhaltigen Umsetzung solcher Projekte. So werden in der Parseta-Region im Nordwesten Polens in 35 öffentlichen Gebäuden Solaranlagen zur Warmwasseraufbereitung installiert (Bild 11). In weiteren Gebäuden ersetzen nachhaltige Technologien wie Biomasseboiler oder Wärmepumpen 33 ineffiziente und hoch klimaschädliche Kohleheizkessel. Acht Windturbinen produzieren ab 2014 nachhaltigen Strom. Mit solchen Projekten setzt sich die Schweiz über ihre Landesgrenzen hinweg für die Reduktion der Emission klimaschädlicher Gase ein und vermittelt durch Fachleute vor Ort wichtiges Wissen. So erhielten Mitglieder der Gemeindebehörden der Parseta-Region im November 2013 die Möglichkeit, an einer Studienreise in die Schweiz teilzunehmen. Damit hat die Schweiz eine Plattform geschaffen, die den Austausch zwischen polnischen und schweizerischen Vertreterinnen und Vertretern von Politik und Wirtschaft fördert, Netzwerke schafft und die Vermittlung von Wissen fördert (Bild 12).



11



## Öffentliche Sicherheit erhöhen

103 Millionen Franken des Erweiterungsbeitrags kommen 62 Projekten zugute, welche die öffentliche Sicherheit in den Partnerländern verbessern. Beispiele dafür sind die Modernisierung des Gerichtswesens in Lettland, die Verstärkung des Schutzes der Schengen-Aussengrenze in Polen, Massnahmen zur Bewältigung von Naturkatastrophen und Notsituationen in Ungarn sowie die Bekämpfung der Korruption und der organisierten Kriminalität in verschiedenen Ländern. Die Verbesserung der öffentlichen Sicherheit in den Partnerländern liegt auch im Interesse der Schweiz, denn die Projekte tragen unter anderem zur Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität bei.

## Verbesserte soziale und wirtschaftliche Wiedereingliederung von Straffälligen in der Tschechischen Republik

Die Schweiz finanziert in der Tschechischen Republik ein Projekt zur Modernisierung des Justizsystems und zur sozialen und wirtschaftlichen Wiedereingliederung von Straffälligen. Die Gefängnisse in Tschechien sind überfüllt, die Rückfallquote der Entlassenen ist mit 60% eine der höchsten in Europa. Das Projekt hat zum Ziel, die Kapazitäten der Justizinstitutionen zu stärken. Damit sollen sie alternative Strafformen unterstützen, anstatt sich darauf zu beschränken, Straffällige in einem kriminalitäts- und rückfallfördernden Umfeld festzuhalten. Zudem fördert das Projekt Wiedereingliederungsprogramme für Straffällige, die zuvor bei der Rückkehr in die Freiheit nicht begleitet wurden (Bild 13). Spezifische Programme richten sich an junge Straffällige (Bild 14). Ein besonderer Schwerpunkt liegt auch auf der Bekämpfung von Risikofaktoren wie Arbeitslosigkeit und Insolvenz, welche Rückfälle und Misserfolge nach der Entlassung begünstigen. Wenn Strafgefangene in das normale Leben zurückkehren, sind sie oft verschuldet und haben grosse Mühe, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Dies erhöht das Risiko einer erneuten Straftat.

Das Projekt ist das Ergebnis einer engen Partnerschaft, die zu Beginn der Neunzigerjahre zwischen dem Dienst für Bewährungshilfe und Mediation der Tschechischen Republik, den Bewährungs- und Vollzugsdiensten (BVD) und dem Sozialdienst Zürich sowie dem Verein zur Entwicklung der Bewährungshilfe in Osteuropa (VEBO) entstand. Im Rahmen des Projektes fuhr ein Schweizer Spezialisten-Team nach Prag und führte Schulungen für tschechische Bewährungshelfer durch. Die Tschechische Republik profitiert somit von der langjährigen Erfahrung der Schweiz im Bereich der Wiedereingliederung von Straffälligen. Der Austausch verläuft aber in beide Richtungen: Gewisse Massnahmen, welche die Schweiz noch nicht eingeführt hat, testet nun die Tschechische Republik. Ausserdem kommt die Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität auch dem Schutz der Schweizer Bevölkerung zugute.



## Zivilgesellschaft stärken

Der Schweizer Erweiterungsbeitrag finanziert mit 85 Millionen Schweizer Franken Projekte zur Stärkung der Zivilgesellschaft. In allen Partnerländern mit Ausnahme von Malta wird ein Unterstützungsfonds für Nichtregierungsorganisationen (NGO-Fonds) finanziert, der 700 Kleinprojekte umfasst. In den baltischen Staaten wurden bereits sämtliche finanziellen Mittel für Projekte verpflichtet und erste Projekte abgeschlossen. Durch die NGO-Fonds werden insbesondere Projekte im sozialen und Umweltbereich unterstützt, welche die Mitwirkung der Zivilgesellschaft an der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes fördern und stärken. Insgesamt wird etwa jedes fünfte Projekt mit Schweizer Beteiligung umgesetzt. Durch den Einbezug von Schweizer Partnern in Projekten profitieren die NGOs von Schweizer Fachwissen. Gleichzeitig können schweizerische Organisationen ihre Netzwerke und ihre Kompetenzen dank Partnerschaften mit Organisationen in den Partnerländern weiterentwickeln. In Bulgarien, Polen, der Slowakei, Slowenien, Rumänien, der Tschechischen Republik und Ungarn gibt es zusätzlich zum NGO-Fonds einen Partnerschaftsfonds. Insgesamt sind rund 150 Partnerschaftsprojekte geplant, die den Austausch von Wissen und Know-how zwischen Gemeinden und Institutionen der Schweiz und der Partnerländer unterstützen.

## Zusammenarbeit zwischen dem Schweizer Club für Unternehmerinnen und einer lettischen NGO

Wie in den restlichen neuen EU-Mitgliedstaaten hat sich die Zivilgesellschaft in Lettland nach dem Ende der sowjetischen Besatzung zwar erheblich weiterentwickelt, doch sie ist vergleichsweise noch immer schwach und der NGO Sektor unterentwickelt. Dies ist insofern problematisch, als besonders die ärmeren und sozial benachteiligten Bevölkerungsschichten von einem ausgebauten Dienstleistungsangebot der NGOs profitieren. In Lettland sind es vor allem Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Verhältnissen, die einem erhöhten Gewaltisiko ausgesetzt sind, sowie ältere Menschen, die oftmals schlecht in der Gesellschaft integriert und Opfer von Armut sind. Daher haben 118 lettische NGOs Zuschüsse erhalten, welche die Integration dieser beiden Bevölkerungsgruppen in die Gesellschaft fördern und die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und NGOs stärken. Bis heute sind daraus 62 Kleinprojekte für 14'483 Kinder und Jugendliche und 6'216 ältere Menschen sowie 21 Partnerschaften zwischen lettischen NGOs und Schweizer Organisationen entstanden.

Ein Beispiel ist die Zusammenarbeit zwischen der lettischen NGO Latvian Business Women Association und dem Schweizer Club für Unternehmerinnen (Club des Femmes Entrepreneurs CFE). Gemeinsam haben sie ein Programm für informelles Lernen erarbeitet, das sich unter anderem an arbeitslose Jugendliche in Lettland richtet. Um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, haben über 450 Jugendliche Seminare besucht, dank denen sie ihr Wissen und ihre Kompetenzen in den Bereichen Projektmanagement, Unternehmertum, Tourismus und Hotelfachwesen erweiterten. 30 von ihnen haben ein Lernprogramm zu den Themen Kommunikation, Rechnungswesen und Marketing via Internet absolviert. Diese Online-Lernprogramme (E-Learning) werden bis Ende des Projektes für alle Jugendlichen auf der Webseite der NGO ([www.lbwa.lv](http://www.lbwa.lv)) zugänglich sein. Die Kursteilnehmenden profitierten vom Know-how der Schweizer Organisation im Bereich der Weiterbildung und Unternehmensführung. Die zehn erfolgreichsten Absolventinnen und Absolventen des E-Learning-Programms hatten zudem die Möglichkeit, der Partnerorganisation in der Schweiz einen Besuch abzustatten. (Bild 15)



# Ausblick

In Bulgarien und Rumänien können Projekte noch bis zum Ende der Verpflichtungsperiode am 7. Dezember 2014 gutgeheissen werden. In den EU-10 liegt der Fokus weiterhin auf der erfolgreichen Umsetzung der bewilligten Projekte. Die Umsetzung der Projekte wird weiterhin eng beobachtet und begleitet. Das Erreichen der geplanten Projektziele ist der Schweiz ein zentrales Anliegen.

2014 werden weitere Lieferungen, Bau- und Dienstleistungen ausgeschrieben. Da bei der Auswahl der Zusammenarbeitsbereiche für den Erweiterungsbeitrag das Güterangebot und das Fachwissen der Schweizer Wirtschaft mitberücksichtigt wurden, darf davon ausgegangen werden, dass sich weitere Schweizer Unternehmen qualifizieren. Die laufenden Ausschreibungen über 500'000 Franken werden auf <http://www.simap.ch> und auf [www.erweiterungsbeitrag.admin.ch](http://www.erweiterungsbeitrag.admin.ch) publiziert.



Ein weiterer wichtiger Punkt auf der Agenda 2014 ist Kroatien, das am 1. Juli 2013 als 28. Mitgliedsstaat der EU beigetreten ist. Der Bundesrat schlägt vor, zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten einen Beitrag in der Höhe von 45 Millionen Franken für bilaterale Kooperationsprojekte in Kroatien zu leisten. Das Parlament muss den entsprechenden Rahmenkredit noch genehmigen.

## Weitere Informationen

Wichtigste Informationsquelle zum Erweiterungsbeitrag bleibt die Webseite [www.erweiterungsbeitrag.admin.ch](http://www.erweiterungsbeitrag.admin.ch), welche im Verlauf von 2014 überarbeitet und in neuem Erscheinungsbild präsentiert wird. Bei den **Publikationen** finden Sie unter anderem Filme zu Projektbeispielen.

Auf der **Bilddatenbank zum Erweiterungsbeitrag** finden Sie nach Ländern und Projektzielen geordnete Fotos.





## Impressum

### Herausgeber:

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA

**Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA**

3003 Bern

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

**Staatssekretariat für Wirtschaft SECO**

3003 Bern

### Gestaltung:

Visuelle Kommunikation, GS-EDA

### Fotos:

SECO / DEZA; CRUS (Bild 6); Marcin Wilk (Bild 12); Society Integration Foundation Latvia (Bild 15); Titelseite: Ministerstwo Infrastruktury i Rozwoju

### Download:

[www.erweiterungsbeitrag.admin.ch](http://www.erweiterungsbeitrag.admin.ch) (Rubrik «Publikationen»)

### Fachkontakt:

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA:

Abteilung Neue EU-Mitgliedstaaten

Freiburgstrasse 130, 3003 Bern

Telefon: +41 58 462 68 46

[swiss-contribution@deza.admin.ch](mailto:swiss-contribution@deza.admin.ch)

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Ressort Erweiterungsbeitrag/Kohäsion

Holzikofenweg 36, 3003 Bern

Telefon: +41 58 462 78 24

[swiss-contribution@seco.admin.ch](mailto:swiss-contribution@seco.admin.ch)

[www.erweiterungsbeitrag.admin.ch](http://www.erweiterungsbeitrag.admin.ch)

Bern, April 2014